

Germany-Gießen: Envelopes

OJ S 76/2023 18/04/2023

Contract notice

Supplies

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen

Postal address: Carlo-Mierendorff-Straße 11

Town: Gießen

NUTS code: DE72 Gießen

Postal code: 35398

Country: Germany

Contact person: Vergabestelle

E-mail: vergabestelle@ekom21.de

Fax: +49 561-2042010

Internet address(es):

Main address: www.ekom21.de

Address of the buyer profile: www.ekom21.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-187795c2725-63377a513b6561f5

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: www.had.de

Additional information can be obtained from another address:

Official name: ekom21 - KGRZ Hessen

Postal address: Knorrstraße 30

Town: Kassel

NUTS code: DE731 Kassel, Kreisfreie Stadt

Postal code: 34134

Country: Germany

E-mail: vergabestelle@ekom21.de

Fax: +49 561-2042010

Internet address(es):

Main address: www.ekom21.de

I.4. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.5. Main activity

Other activity: Datenverarbeitung und ergänzende IT-Dienstleistungen

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Kuvertierhüllen 2023-02

Reference number: ekom21-2023-0004

II.1.2. Main CPV code

30199230 Envelopes

II.1.3. Type of contract

Supplies

II.1.4. Short description

Die ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21) ist das größte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und zählt zu den drei größten BSI-zertifizierten kommunalen IT-Dienstleistungsunternehmen in Deutschland mit Standorten in Darmstadt, Gießen und Kassel.

Zu den rund 500 Mitgliedern in Hessen und weiteren Kunden bundesweit gehören rund 29.000 Endanwender aus Kommunalverwaltungen und anderen öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Landkreise, Städte, Gemeinden, kommunale Eigenbetriebe, Zweckverbände, Anstalten, Krankenhäuser und Heime. Im staatlichen Bereich betreut die ekom21 zahlreiche Landesverbände, Ministerien und Regierungspräsidien.

Für das zentrale Druckzentrum am Rechenzentrumsstandort Kassel ist die Beschaffung von Kuvertierhüllen in unterschiedlichen Formaten zur Anlieferung geplant.

Die Anschaffung der Kuvertiermaschine ist in einem Verhandlungsverfahren mit einem Teilnahmewettbewerb ausgeschrieben.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE731 Kassel, Kreisfreie Stadt

II.2.4. Description of the procurement

Die ekom21 unterhält ihr zentrales Druckzentrum am Standort Kassel. Hierfür beabsichtigt die ekom21 die Beschaffung von Kuvertierhüllen in unterschiedlichen Formaten zur Anlieferung an das Druckzentrum am Rechenzentrumsstandort Kassel. Ausgeschrieben ist eine Rahmenvereinbarung ohne Abnahmeverpflichtung mit bis zu drei (3) Wirtschaftsteilnehmern, die Einzelaufträge für die Laufzeit von jeweils sechs (6) Monate werden jeweils in Mini-Wettbewerben vergeben. Über die Regelaufzeit der Rahmenvereinbarung (vgl. Abschnitt II. 2.7) der Bekanntmachung veranschlagt der Auftraggeber eine Abnahmemenge von insgesamt 136 Mio. Kuvertierhüllen in unterschiedlichen Formaten. Der veranschlagte Gesamtwert basiert auf den Erfahrungen der letzten Jahre. Näheres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Die Rahmenvereinbarungen beginnen am 01.08.2023 und sind jeweils befristet bis zum 31.07.2027.

Die Zuschlagserteilung erfolgt nach erfolgreicher Testkuvertierung im Sinne der Leistungsbeschreibung. Kann der Auftraggeber keine Kompatibilität mit den eingesetzten

Kuvertiermaschinen (BÖWE Marathon, Kern 2600 und Kern 1600) feststellen, hat der Auftragnehmer das Recht zur einmaligen Nachbesserung. Sollte auch die Nachbesserung erfolglos sein, kann keine Zuschlagserteilung erfolgen.
Weitere Informationen finden Sie in den Vergabeunterlagen, insbesondere in der Leistungsbeschreibung sowie den Vertragsunterlagen.

II.2.5. Award criteria

Criteria below
Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/08/2023 End: 31/07/2027

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer verlangen, dass dieser seine Leistungen gemäß der Rahmenvereinbarung trotz deren Beendigung für eine bis zu sechsmonatige Übergangszeit ganz oder in Teilen weiter erbringt. Während des Übergangszeitraums gelten die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung einschließlich der Regelungen zur Vergütung fort.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Die Rahmenvereinbarung enthält Regelungen,

— die Angaben zu Art, Umfang und Voraussetzungen möglicher Auftragsänderungen enthalten, insbesondere einem einseitigen Erweiterungsrecht als Mehrbedarf bis zu 20 % des veranschlagten Gesamtwerts,

— zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung (Fortsetzungsoption); vgl. dazu auch Abschnitt II.2.7) der Bekanntmachung.

Näheres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1. Eigenerklärung des Unternehmens über die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 VgV),

2. Eigenerklärung des Unternehmens zu Ausschlussgründen (insbes. zu §§ 123, 124 GWB), den besonderen Auftragsbedingungen sowie den Abschlusserklärungen.

Zu den geforderten Nachweisen werden für alle geforderten Erklärungen Erfassungsformulare zur Verfügung gestellt, die unter Beachtung der Ausfüllhinweise zu verwenden sind. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

1. Eigenerklärung zum Unternehmen mit aussagekräftiger Darstellung des Unternehmens insbesondere im Hinblick auf den ausgeschriebenen Auftrag (Kenndaten und Kennzahlen, aktuelle Geschäftsbereiche, Tätigkeitsfelder und Marktpositionierung etc.).
2. Erklärung des Unternehmens, dass für den Fall des Zuschlags eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit den aufgestellten Mindeststandards für die Dauer der Vertragslaufzeit abgeschlossen wird bzw. - falls bereits vorhanden - eine solche besteht und für die Dauer der Auftragsausführung aufrechterhalten wird.
3. Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrags, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre.

Zu den geforderten Nachweisen werden für alle geforderten Erklärungen Erfassungsformulare zur Verfügung gestellt, die unter Beachtung der Ausfüllhinweise zu verwenden sind.

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu III.1.2) 2.

Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung:

Gefordert ist eine marktübliche Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer durch die je Schadensfall Versicherungsschutz vorliegt. Die sonstigen Bedingungen des Versicherungsschutzes müssen den allgemeinen Bedingungen innerhalb des Großkunden- und Konzerngeschäfts der in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer entsprechen. Die Haftpflichtversicherung muss für die gesamte Dauer der späteren Vertragsausführung mit folgenden Mindestdeckungssummen bei doppelter Jahreshöchstleistung aufrechterhalten werden:

- für Personenschäden: 1.000.000 €
- für Sachschäden: 1.000.000 €
- für Vermögensschäden: 500.000 €

Bescheinigungen über die Versicherung, z. B. in Form der Versicherungspolice oder einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung, dürfen nicht älter als sechs Monate sein. Soweit sich aus der Versicherungspolice oder der schriftlichen Bestätigung der Versicherung erkennen lässt, dass der Bieter über eine gültige und ungekündigte Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung, die die geforderten Mindeststandards erfüllt, verfügt, dürfen diese Dokumente älter als sechs Monate sein. Bescheinigungen in anderer als deutscher Sprache müssen in einer Übersetzung in das Deutsche vorgelegt werden. Der Bewerber steht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, führt dies zwingend zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Es wird darauf hingewiesen, dass die Bieter sowie deren Nachunternehmen und Verleihunternehmen, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12.07.2021, (GVBl. S.338) mit dem Angebot einzureichen haben. Die Verpflichtungserklärung bezieht sich nicht auf Beschäftigte, die bei einem Bieter, Nachunternehmer und Verleihunternehmen im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

Zu den geforderten Nachweisen werden für alle geforderten Erklärungen Erfassungsformulare zur Verfügung gestellt, die unter Beachtung der Ausfüllhinweise zu verwenden sind.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 15/05/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/07/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 15/05/2023 Local time: 10:15

Information about authorised persons and opening procedure: entfällt

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Bieterfragen können längstens bis zum 05.05.2023, 10.00 Uhr, gestellt werden.
2. Die Zuschlagserteilung erfolgt nach erfolgreicher Testkuvertierung im Sinne der Leistungsbeschreibung. Kann der Auftraggeber keine Kompatibilität mit den eingesetzten Kuvertiermaschinen (BÖWE Marathon, Kern 2600 und Kern 1600) feststellen, hat der Auftragnehmer das Recht zur einmaligen Nachbesserung. Sollte auch die Nachbesserung erfolglos sein, kann keine Zuschlagserteilung erfolgen.

3. Der Bieter hat die Eigenerklärung zum Artikel 5k der EU-Verordnung 833/2014 (Datei "Erklärung Art. 5k EU Verordnung 833-2014") ausgefüllt mit seinem Angebot einzureichen.
4. Alle in der Bekanntmachung oder in der Vergabeunterlage geforderten Unterlagen (Nachweise, Erklärungen und sonstige Dokumente) müssen — soweit bei dem betreffenden Nachweis nicht ausdrücklich anders angegeben — fristgerecht und in der vorgegebenen Form — z. B. unter Verwendung der Erfassungsformulare — mit dem Angebot eingereicht werden.
5. Zusätzlich zu den in der Vergabebekanntmachung getroffenen Vorgaben gelten die für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Bewerbungsbedingungen, die Teil der elektronisch bereitgestellten Vergabeunterlagen sind.
6. Näheres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.
7. Zum 01.01.2023 ist das LkSG (Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG) für Unternehmen in Kraft getreten, die ihre Hauptverwaltung, ihre Hauptniederlassung, ihren Verwaltungssitz oder ihren satzungsmäßigen Sitz im Inland haben und in der Regel mindestens 3000 Arbeitnehmer im Inland beschäftigten; ins Ausland entsandte Arbeitnehmer sind erfasst. Deshalb wird bei betroffenen Unternehmen eine zusätzliche Erklärung erforderlich, dass nach § 22 LkSG kein Grund für den Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge vorliegt.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postal address: Hilpertstraße 31
Town: Darmstadt
Postal code: 64295
Country: Germany
Telephone: +49 6151125816
Fax: +49 6151126834

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

13/04/2023